

«Warum die Migros informieren?»

Gefängnisse Parteien wollen nicht, dass alle Geschädigten von der Entlassung eines Täters wissen

VON STEFAN FRECH

Jetzt liegen die Vernehmlassungsantworten der Parteien zum neuen Justizvollzugsgesetz vor. Umstritten sind vor allem zwei Vorschläge des Regierungsrats: das neue Informationsrecht für Geschädigte von Straftaten und die Zwangsmedikation von Gefängnisinsassen. Die Solothurner Behörden erhalten immer wieder Anfragen von Opfern, die wissen wollen, wann der Täter aus dem Gefängnis entlassen wird. Diesem Informationsbedürfnis möchte die Regierung jetzt nachkommen; sie schlägt vor, dass alle durch eine Straftat geschädigten Personen mit schriftlichem Gesuch verlangen können, dass sie im Voraus über den Zeitpunkt und die Dauer von Vollzugslockerungen (z.B. Urlaub), den Zeitpunkt einer Vollzugsunterbrechung (z.B. Spitalaufenthalt) sowie über die bedingte oder definitive Entlassung des Täters informiert werden. Anspruch auf Information haben auch die Angehörigen der Geschädigten.

Ohne Opfer von Vermögensdelikten

Die weit gefasste Definition der Informationsberechtigten auf alle Geschädigten von Straftaten und nicht nur auf die Opfer nach Opferhilfegesetz – also wer durch eine Straftat in seiner körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt wurde –, geht allen Solothurner Parteien zu weit. «Nach unserer Auffassung sollten die Informationsrechte nur Opfern und ihren Angehörigen, nicht aber allen Geschädigten, zum Beispiel eines Diebstahls oder einer Urkundenfälschung, zugestanden werden», schreibt etwa die FDP. «Etwas überspitzt formuliert: Warum soll die Migros einen Informationsanspruch über die Entlassung eines Ladendiebs haben?» CVP, SP, Grüne und die Gewerkschaft

«Die Informationsrechte bedeuten einen bürokratischen Aufwand.»
SVP Kanton Solothurn



Die Opfer einer Straftat sollen wissen dürfen, wenn ein Häftling aus dem Gefängnis entlassen wird. Dieses Informationsrecht soll aber nicht für Geschädigte von Wirtschaftsdelikten gelten, finden die Politiker. BZ

VPOD sehen das genauso. Bei einem Wirtschaftsdelikt mit mehreren Tätern und hundert Geschädigten ergebe das einen riesigen Aufwand für die Behörden, weil viel zu viele Personen über jede Vollzugslockerung informiert werden müssten. Die SVP fordert gar die Streichung des gesamten Informations-Paragrafen. «Die Informationsrechte bedeuten einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.»

Zweifel an Zwangsmedikation

Im neuen Justizvollzugsgesetz soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, dass Fachärzte den In-

sassen zwangsweise Medikamente verabreichen können, sei es bei einer psychiatrischen Therapie, bei einer Selbstgefährdung oder wenn der Insasse mit seinem Verhalten Dritte im Gefängnis gefährdet. SP und VPOD fordern, dass vor einer therapeutischen Zwangsmedikation der Insasse eine beschwerdefähige Verfügung erhält. Die Grünen wiederum finden es problematisch, dass allein wegen der Störung des Anstaltsbetriebs einem Gefangenen zwangsweise Medikamente verabreicht werden können. Die FDP hat keine Einwände gegen die Vorschläge des Regierungsrats, sie findet aber allgemein, dass den Rechten der Gefangenen mehr Beachtung geschenkt werden sollte.

Die Zwangsernährung im Falle eines Hungerstreiks eines Häftlings wird von keiner Partei infrage gestellt. Allzu präsent ist die Erinnerung an den Fall des Walliser Hanfbauern Bernard Rappaz, der vor drei Jahren mit seinem Hungerstreik einen Haftunterbruch erzwingen wollte. Mit der Möglichkeit, einen Insassen zwangsweise zu ernähren, will der Regierungsrat verhindern, «dass der Staat erpressbar wird».

Wenn aber der Häftling aus freiem Willen sterben will und deshalb nichts isst oder trinkt, wollen die Behörden diesen Entscheid respektieren und schreiten nicht ein. Diese Zurückhaltung finden FDP und Grüne explizit gut.

Nachrichten

Gentechnik Regierung kritisiert Gesetzesrevision

Der Solothurner Regierungsrat will, dass in der Schweizer Landwirtschaft weiterhin die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion als Standard gilt. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Nebeneinander von gentechnisch veränderten und konventionellen Agrarkulturen führe zu erheblichen Mehrkosten. Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) solle in der Schweiz erst dann möglich sein, wenn daraus ein Mehrwert für Produzenten, Konsumenten und die Umwelt resultiere, hält der Regierungsrat in der am Montag veröffentlichten Vernehmlassung an den Bund fest. Gemäss Experten des Nationalen Forschungsprogrammes (NFP) 59 seien jedoch aktuell auf dem Weltmarkt keine GVO-Pflanzen vorhanden, welche einen solchen Mehrwert bringen würden. Es sollten die Gebiete ausgeschieden werden, in denen GVO-Pflanzen angebaut werden dürften, führt der Regierungsrat aus. Das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz dagegen will jene Gebiete definieren, die gentechnikfreie Landwirtschaft aufweisen sollen. Im Grundsatz begrüsst der Regierungsrat, dass nach dem Ablauf des Gentechnikmoratoriums in der Landwirtschaft im Jahr 2017 klare Regelungen gelten sollen. (SDA)

Solothurn Preisträger lesen aus ihren Werken

Am Donnerstag, 9. Mai, werden um 16 Uhr im Landhaus die Preisträgerinnen und Preisträger der eidgenössischen Literaturpreise 2012 aus ihren Werken lesen. Diese Lesungen sind öffentlich. Um 19 Uhr werden dann im Konzertsaal die vier Hauptpreise des eidgenössischen Literaturpreises 2013 verliehen. Zu dieser Preisverleihung sind nur Personen eingeladen, die sich vorgängig beim Bundesamt für Kultur BAK angemeldet haben. (MGT)

Nun sind die Regionalen zu haben

Spargeln Der Frühling war kalt und nass. Darunter hatten auch die Spargelkulturen in der Region zu leiden. Mit etlichen Tagen Verspätung läuft nun die Ernte auch hier an.

VON DANIEL FASEL

Zuerst kommen sie aus Mexiko, dann aus Griechenland, Spanien – bis endlich auch Spargeln aus der Region zu haben sind. Deren Liebhaber mussten sich heuer in Geduld üben. Wegen des schlechten Aprilwetters verzögerte sich die Ernte der ersten Triebe um eine bis zwei Wochen. Wie sich die Verspätung auf den Ernterfolg auswirken wird, ist gemäss befragten Spargelproduzenten noch unklar. Zu viel Wasser, wie in vergangenem April, könne den Wurzeln nämlich Schaden zufügen. Die Spargelbauern in der Region geben sich aber zuversichtlich und hoffen auf beständiges Maiwetter.

Rund ein Dutzend Produzenten

Es gibt nur ein geschätztes Dutzend Spargelproduzenten im Kanton. Deren Produkte sind umso gefragter. «Regionalität spielt eine wichtige Rolle», meint Landwirt Bernhard Gasche aus Bolken. Viele Spargelliebhaber verzichten bewusst auf importierte Gemüsespargeln, und freuen sich umso mehr auf Einheimische. Das ermöglichte Gasche, jedes Jahr etwas mehr Spargeln anzubauen. Heuer sind schon 2,2 Hektaren. Dass das



In der Region gedeiht vor allem der Grünspargel. BAR

edle Gemüse aus der Region teurer ist als die Importprodukte, tut dessen Beliebtheit keinen Abbruch.

Vor allem die Grünspargeln werden im Solothurnischen kultiviert. Sie wachsen ausserhalb des Bodens und sind deshalb bezüglich Bodenbe-

schaffenheit weniger anspruchsvoll als die weisse, die sogenannte Bleichspargel. Therese und Isidor Ambühl-Ingold aus Subingen pflanzen seit 20 Jahren grüne Gemüsespargeln an. Die Ernte verzögere sich dieses Jahr auch bei ihnen, dafür seien dann alle Spargeln fast auf einen Schlag erntereif. Ein Problem für den Absatz sei das aber nicht.

Auch Jakob Eggenschwilers Spargeln gehen jedes Jahr weg wie warme Semmeln. Der Laupersdörfer hat nach eigenen Angaben im näheren Umfeld «praktisch keine Konkurrenz». Soeben hat er seine ersten Spargeln geerntet – 60 Aren warten auf die Ernte, die bis Mitte Juni abgeschlossen sein soll.

Das Nischenprodukt aus der Region ist bei den Konsumenten gefragt

Wenn sich hiesige Spargeln so gut verkaufen – warum gibt es dann nicht mehr Produzenten? Die meisten Böden im Kanton seien für den Anbau nicht optimal geeignet, erklärt Philipp Gut, Leiter der Fachstelle Spezialkulturen am Bildungszentrum Wallierhof. Gemüsespargeln benötigen lockeren, sandigen Boden sowie einen trockenen und sonnigen Frühling. Diesbezüglich sei die Region klar im Nachteil, führt Gut aus. Zudem sei der Anbau risikoreich und teuer. Aber die Konsumenten schätzen sehr wohl Frischgemüse, «dessen Produzenten man kennt».



«Es ist Zeit, die Welt zu ändern» – die Projektarbeiten von Caroline Halldimann, Leandra Schibler und Sandra Flück. ZVG

Meisterstücke der Berufslernenden

Solothurn An der Gewerblich-Industriellen Berufsfachschule haben die Berufslernenden im Rahmen des Qualifikationsverfahrens ihre Abschlussarbeiten präsentiert. Vier besonders gelungene Werke wurden an einer Vernissage vorgestellt. Rektor Stefan Ruchti begrüsst rund hundert Gäste in der Aula. Die Autorinnen und Autoren präsentierten ihre «Meisterstücke» mit viel Engagement, je eines einer vierjährigen Lehre sowie zwei von Berufsmaturitätsklassen.

Die Themen in diesem Jahr hatten mit der Gesellschaft und ihrem Verhalten zu tun, und jede der Gruppen wies auf ihre Weise auf die Notwendigkeit der Übernahme von Verantwortung hin. Eine Konstrukteurin

und zwei ihrer männlichen Kollegen befassten sich mit der Obdachlosigkeit in der Schweiz und machten dabei auch drei Selbstexperimente. Zwei Automobil-Mechatroniker bearbeiteten das Thema Prostitution und Strassenstrich. Sie schlossen mit der Frage: «Dreckiges Business oder Notwendigkeit in der Gesellschaft?» Umweltschutz war das Thema der Berufsmaturanden. Drei Uhrmacherinnen fanden, dass es «Zeit ist, die Welt zu ändern», und bauten eine Wasseruhr, um damit auf die Dringlichkeit der Förderung erneuerbarer Energien aufmerksam zu machen. In die gleiche Richtung gingen zwei Absolventen des Berufsmaturitätslehrganges nach der Lehre; sie hatten eine Biogasanlage gebaut. (SUE)